

UNIVERSITÄTENKONFERENZ UNIKO

Rektorenchef will Taten sehen

Oliver Vitouch. Sonja Hammerschmids Nachfolger setzt auf „New Hope“

„Sehr geehrte Damen und Herren, se vogliamo che tutto rimanga come è, bisogna che tutto cambi.“

Auf Italienisch begann Oliver Vitouch am Dienstag sein erstes Pressegespräch als frischgewählter Präsident der Rektorenkonferenz. Mit dem berühmten Satz („Wenn wir wollen, dass alles bleibt wie es ist, muss sich alles ändern.“) aus dem Roman „Il Gattopardo“ („Der Leopard“) von Giuseppe di Lampedusa wollte Vitouch unterstreichen, was sich aus seiner Sicht in Österreichs Hochschullandschaft alles ändern muss: Uni-Finanzierung, Uni-Zugang, Studienplatzangebot und das Verhältnis zu Fachhochschulen.

„Österreich investiert derzeit deutlich weniger in seine Universitäten als die Schweiz oder Bayern. Das können wir uns, auch wenn das jetzt paradox klingt, auf Dauer nicht leisten“, betonte Vitouch, der die Situation mit dem Bild eines internationalen Sprintbewerbs verglich, bei dem die anderen „Spikes“ hätten.

Für die nächste dreijährige Uni-Finanzierungsperi-

ode, die Ende 2017 beschlossen werden soll, schlug er gleich konkrete Pflöcke ein: Die Rektoren wollen zusätzlich 1,5 Milliarden Euro, für mehr Professuren und eine bessere Ausstattung. Damit werde man zwar wieder nicht das seit Jahrzehnten von der Politik propagierte 2-Prozent-Ziel (zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für den Hochschulsektor) erreichen. Es sei aber ein Anfang, von der Politik wolle er „endlich Taten sehen“ – in Form eines Budgetpfads. Mit der neu formierten Bundesregierung gebe es „A New Hope“ („Eine neue Hoffnung“), zitierte er den Filmemacher George Lucas („Star Wars“).

Kein freier Uni-Zugang

Der Klagenfurter Kognitionswissenschaftler, der wie seine Kurzzeit-Vorgängerin Sonja Hammerschmid (die neue Bildungsministerin ist) als SP-nahe gilt, wiederholte seine Forderung nach einer effizienten Studienplatzfinanzierung (also Studienplatzbegrenzung).

Und er machte klar: „Den freien

Hochschulzugang gibt es schon jetzt nicht mehr.“ Viele Studien, von der Medizin bis zu den Kunstunis, hätten längst unübersichtlich viele Zugangsregelungen, da brauche es eine „systemische Änderung“.

Skeptisch ist er im Bezug auf den von Wissenschaftsminister Mitterlehner gestarteten Prozess „Zukunft Hochschule“. Dessen Ziel ist es, zu schauen, ob nicht einige Studien nur mehr von den (billigeren) Fachhochschulen angeboten werden sollen. Da werden sich die Rektoren „genau anschauen müssen, ob wirklich zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Unis beiträgt, oder ob andere Interessen dahinterstehen.“ Das könnten nämlich auch partikuläre Länderinteressen oder Sparziele sein.

Und er streute zum Abschluss noch ein Zitat des Physikers der Aufklärung, Georg Christoph Lichtenberg, ein: „Ich weiß nicht, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“ – B. GAUL

Zur Person

Wissenschafts-Karriere

Oliver Vitouch, Jahrgang 1971, studierte in Wien Psychologie (Schwerpunkt Humanbiologie, Kognitive Neurowissenschaften). Er forschte am

Max-Planck-Institut in Berlin, und lehrte an der Freien Uni Berlin und der Uni St. Gallen.

Universitäten-Sprecher

2012 wurde er Rektor der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, seit Montag ist er Präsident des Dachverbandes der Uni-Rektoren.

Familiäre Wurzeln

Vitouchs Eltern sind vielerseits Langem ein Begriff: Vater Peter ist emeritierter Uni-Professor und war KURIER-Kolumnist, Mutter Elisabeth war einst Moderatorin der ORF-Kindersendung „Am dan des“ und ist Abgeordnete der SPÖ im Wiener Landtag a.D.

UNIKO



Kognitionswissenschaftler Oliver Vitouch ist neuer Rektoren-Chef

Österreich soll M

Flüchtlingskrise.

Die EU startet eine neue Afrika-Initiative. Für Österreichs EU-Abgeordneten Karas ist das – und was die EU-Staaten tun – zu wenig.

VON ANDREAS SCHWARZ

„Es ist dringend geboten, dass die EU einen Afrika-Masterplan entwickelt. Wien als UN-Stadt sollte einen großen Gipfel dafür ausrichten und Motor sein. Man kann doch Afrika nicht nur auf die Grenzsicherung reduzieren.“ Das sagte der österreichische EU-Abgeordnete Othmar Karas zum KURIER, und zwar am Tag, an dem die EU wieder einmal einen Anlauf unternahm, der anhaltenden Fluchtbewegung aus Afrika entgegenzuwirken.

Zum einen befasste sich das EU-Parlament in Straßburg mit dem Flüchtlingsdrama in der Mittelmeerregion. „Passend“ in die Sitzung platze die Meldung des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR), wo-



Libysche Sicherheitskräfte mit Migranten, die von der Überfahrt nach Europa

nach seit 2014 mehr als 10.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken sind.

Zum anderen stellte die EU-Kommission ihre jüngste Initiative vor: Durch gezielte Partnerschaften mit afrikanischen Ländern soll die Flüchtlingskrise in den Griff

kommen. Den Anreiz soll ein Investitionsprogramm liefern: Herkunfts- und Transitländer, die kooperativ sind, Migranten nicht nach Europa weiterreisen lassen oder zurücknehmen, sollen belohnt werden. Den anderen drohen Strafen. Noch genauer zu definierende „positive und negative Anreize“ heißt das im EU-Deutsch. Solche „Migrationspartnerschaften“ sollen u. a. mit Jordanien, dem Libanon, Tunesien, Nigeria, Senegal, Mali, Niger, Äthiopien und Libyen geschlossen werden.

62 Milliarden Hilfe

Ausvorhandenen Mitteln sollen dafür bis 2020 etwa acht Milliarden Euro eingesetzt werden, wie EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos der deutschen *Die Welt* sagte. Durch private und öffentliche Investitionen könnten bis zu 31 Milliarden Euro zusammenkommen, rechnete Avramopoulos vor. Wenn sich auch die Mitgliedsstaaten beteiligten, könnten daraus bis zu 62 Milliarden werden.

Das ist wohl ein frommer

„Alles ist teuer, das Leben von Menschen ist aber nichts wert“

Pater aus Aleppo. Mitten während der Sonntagsmesse schlug eine Rakete in der Kuppel der katholischen Kirche St. Franziskus ein. Auch Spitäler, Schulen und Wohngebiete stehen unter Beschuss. Franziskanerpater Ibrahim bleibt trotzdem in der umkämpften syrischen Stadt Aleppo. Während seines Wien-Aufenthaltes – auf Einladung der Hilfsorganisation „Kirche in Nor“ – sprach der KURIER mit ihm über:

... die aktuelle Situation. Wir sind fast zur Gänze umzingelt von Dschihadisten des „Islamischen Staates“, der Al-Nus-

„Wir durchleben eine lange finstere Nacht“: Pater Ibrahim



startet (kirchennot.at), den Familien Geld zu geben, damit sie sich bei den Dieselgeneratoren wenigstens zwei Ampere kaufen können. Das kostet pro Familie und Monat 20 Euro und reicht für zwei Lichtquellen und ein bisschen mehr. Denn wer im Finsternen sitzt, wird depressiv.